

SED läßt die Maske fallen

Offen gegen die Wiedervereinigung – Grotewohl für „zwei deutsche Staaten“

Während in Genf die Außenminister der Großmächte an die Arbeit gehen, um die internationale Entspannung zu fundieren, unternimmt die SED letzte Versuche, um das Thema Wiedervereinigung aus den Verhandlungen zu verbannen. Über die Sowjetdelegation will die Zonenregierung versuchen, als „zweiter gleichberechtigter deutscher Staat“ an den Verhandlungstisch zugelassen zu werden. Offizielle SED-Erklärungen betonen gleichzeitig, daß „unter den gegebenen Verhältnissen“ weder freie Wahlen noch eine Wiedervereinigung möglich seien. Statt dessen spricht man von einem angestrebten „kollektiven Sicherheitssystem, dem beide Staaten Deutschlands angehören“. Eine starke Delegation der Zonenregierung trägt dieses Programm in ihrem Genfer Reisegepäck.

Die jüngsten SED-Erklärungen verraten, daß der Zeitpunkt für die Wiedervereinigung fällig geworden ist. Denn: Vor einem Jahr wären Erklärungen solcher Art einfach nicht möglich gewesen! Die SED hätte sich schon aus innenpolitischer Rücksichtnahme gehütet, eine derart krasse Ablehnung auszusprechen. Zahllose „Wiedervereinigungs“- und „Wahl-Vorschläge“ zeugen davon.

Jetzt aber, wo man an kompetenten Verhandlungstischen darüber entscheiden könnte, rückt die SED offen mit der Sprache heraus: Wir wollen weder die Wiedervereinigung noch freie Wahlen, weil diese gleichbedeutend wären mit dem Ende des kommunistischen Regimes in einem Drittel Deutschlands.

SED in Genf überflüssig

Das ist die bedauerliche, aber tatsächliche Situation. Somit ist es völlig überflüssig, die SED in Genf anzuhören. Was sie will, hat sie gesagt. Vorschläge diskutabler Art hat sie nicht. Bleibt als einzige Lösung die übergeordnete Entscheidung der Sowjetunion. Und um mit dieser zu verhandeln, sind die Westmächte nach Genf gegangen.

Was aber tut die SED? Sie entfaltet eine heuchlerische Aktivität: Eine „Beobachter“-Dele-

gation des Ost-Außenministeriums und des „Ausschusses für deutsche Einheit“ — unter Führung des SED-Staatssekretärs Handke — hat sich in Genf einlogiert, um am Rande des großen Gesprächs „Pressekonferenzen“ zu veranstalten und die Weltöffentlichkeit vom „Vorhandensein zweier deutscher Staaten“ zu überzeugen. Etwa 1200 Kommunisten aus Ost- und Westdeutschland fahren gleichzeitig als „Arbeiterdelegationen“ mit SED-Geldern in die Schweiz, um diesen Bemühungen den Rahmen zu geben. Weiterhin ist Vorsorge getroffen, daß alle kommunistischen Tarnorganisationen in Genf agitieren.

„Wehrgesetz“ zurückgestellt

Die SED ist so weit gegangen, daß sie das bereits ausgearbeitete Sowjetzonen-Wehrgesetz samt dem bereits existenten „Verteidigungsministerium“ zurückstellen ließ, um ihre Genfer Bemühungen nicht allzu zwielichtig erscheinen zu lassen. Sofort nach Beendigung der Konferenz wird dieses Ministerium — in dem der zurückgetretene FDJ-Vorsitzende Honecker die erste oder zweite Stellung einnehmen wird — durchgegliedert bis ins letzte Vorzimmer aus dem „Nichts“ erstehen.

Die letzten Zweifel an den SED-Plänen beseitigt die vor-

wenigen Tagen abgegebene „programmatische Erklärung“ der KPD über die „Bedingungen der Wiedervereinigung“. Diese auf der 21. Tagung des KP-Parteivorstandes bekanntgegebene Erklärung besagt, daß eine Wiedervereinigung erst „nach Herstellung einer wirklich demokratischen Ordnung in der Bundesrepublik“ erfolgen kann. Mit anderen Worten: Eine Wiedervereinigung kann erst dann erfolgen, wenn mit Hilfe der KPD in der Bundesrepublik eine kommunistische oder prokommunistische Staatsordnung geschaffen worden ist, deren Repräsentanten den SED-Vertretern Blumen auf die Straßen streuen, die nach Bonn führen.

Was bleibt zu hoffen?

Dies ist nicht die erste dumme Erklärung der KPD zu Fragen der Wiedervereinigung. Aber daß sie gerade in diesem Augenblick, wenige Tage vor Genf, abgegeben werden mußte, will einiges besagen. Was aber bleibt zu hoffen?

Man muß die SED-„Beteiligung“ in Genf so werten wie eine kommunistische Störaktion vor dem Schöneberger Rathaus in Berlin, wenn drinnen über Fragen Gesamtberlins beraten wird. In Genf geht es um die schwierige Regelung einer internationalen Entspannung, zu deren Voraussetzung unter anderem die Befriedung des gespaltenen Deutschlands gehört. Und diese kann nur über eine Wiedervereinigung erfolgen. Soll Genf also einen Sinn haben, werden die Sowjets — je nach ihrer Verhandlungsbereitschaft — unabhängig von allem SED-Theater entscheiden müssen, ob sich die SED vor dem Konferenzsaal laut oder leise zu verhalten hat.

Sieg der Wahrheit

DT. Gegen die klare und überzeugende Entscheidung an der Saar gibt es weder Ausflüchte noch Vorbehalte. Im Namen der Freiheit muß sie von allen angenommen und respektiert werden, die in der Saarfrage mitzusprechen haben. Hiervon hat der am meisten Geschlagene, nämlich der bisherige saarländische Ministerpräsident Hoffmann, ein gutes Beispiel gegeben.

Auch die von Paris kommende Reaktion ist bisher besonnen und vernünftig, und das ist ganz besonders zu begrüßen. Das gleiche gilt von den ersten Erklärungen derer, die ihre Sache — das Nein gegen das Statut und das Bekenntnis zu Deutschland — zu einem großen Erfolg geführt haben. Wir hoffen, daß diese vernünftige Haltung auch die weitere Entwicklung der Saarfrage bestimmen wird, dann wird sich bald zeigen, daß das mächtige Nein der Saarländer weder ein Schlag gegen Europa, noch gegen Frankreich, noch gegen die deutsch-französischen Beziehungen war. Es kommt nur darauf an, die mit dem Nein enthüllte Wahrheit zu sehen und zur Grundlage neuer Lösungen zu machen.

Das wichtigste Merkmal

Daß die Wahrheit über die Saar so eindeutig sichtbar geworden ist, das ist das bei weitem wichtigste Merkmal der Volksabstimmung. Zehn Jahre lang mußten die Saarländer schweigen. Einige der sonst in der westlichen Welt selbstverständlichen Freiheiten waren ihnen genommen. Diejenigen, die sie auf diese Weise zum Schweigen verurteilt hatten, haben das Schweigen noch dazu in grübster Weise mißbraucht. Sie haben nämlich den Saarländern, die seit 1945 niemals über ihr Schicksal befragt worden sind, ständig nachgesagt, daß sie die Trennung von Deutschland, den wirtschaftlichen Anschluß an Frankreich und das undemokratische Regierungssystem gebilligt hätten. Diese Lüge war zehn Jahre lang über das saar-deutsche Land verbreitet. Sie

wurde nun in der ersten Stunde der Meinungsfreiheit gründlich und endgültig zerstört.

In die Wahrheit des 23. Oktober wurde das Bekenntnis zur Wiedervereinigung mit Deutschland an erster Stelle eingeschlossen. Allen Deutschen, denen die Wiedervereinigung das oberste Ziel unserer Politik ist, bereitet das eine große Freude, vor allem den Deutschen der gleichfalls abgetrennten Sowjetzone. Wir spüren aus dem Bekenntnis, das die Saarländer nach 20 Jahren jetzt in einer zweiten Volksabstimmung wiederholten, eine moralische Kraft, die eine Ermutigung ist. Die saar-deutsche Bevölkerung gab uns allen ein Beispiel, und mancher hat ihr heute manches abzubitten. Ihre Haltung hat nicht das geringste mit Nationalismus zu tun, wohl aber kommt sie aus jenem gesunden nationalen Gefühl, das sich aus uralter Gemeinschaft der Sprache, der Sitte, der Geschichte und der Tradition nährt und sich in dem Worte „Vaterland“ ausdrückt. Niemand in der Welt hat das Recht, dieses Gefühl, das er im eigenen Bereich als Tugend pflegt, den Saarländern zu bestreiten.

Ferner ist es wichtig festzustellen, daß die durch den Volksentscheid enthüllte Wahrheit über die Saar keinen unfreundlichen Akt gegen Frankreich darstellt. Die Saarländer haben, offen und frei um ihre Meinung befragt, ebenso frei und offen geantwortet. Sie haben nicht dem französischen Volke, zu dem sie aus eigenem Interesse die freundlichsten Beziehungen wünschen, sondern der französischen Saarpolitik eine Absage erteilt.

Von ihr fordern sie nichts anderes als die Anerkennung des Rechts zur Selbstbestimmung. Diese Forderung ist von der stets bekundeten Bereitschaft zu einer Verständigung begleitet, die den wirtschaftlichen Interessen Frankreichs vernünftig Rechnung tragen will. Die Saarländer wehren sich auch entschieden gegen den Vorwurf, daß die Nein-Mehrheit des 23. Oktober ein europäisches Versagen bedeutet. Die europäische Idee ist bei ihnen wahrscheinlich lebendiger als in

Frankreich und in der Bundesrepublik. Sie weigern sich aber, unter mehr als fragwürdigen Umständen und von Deutschland getrennt als Laboratorium für europäische Experimente zu dienen. Ein wirkliches europäisches Versagen müßte nach ihrer Meinung umgekehrt dann festgestellt werden, wenn den Saarländern die natürliche und vernünftige Lösung ihrer Schicksalsfragen verweigert bleiben sollte.

Man hat gesagt, daß der Abstimmungskampf, der eigentlich dem Ja oder Nein zum Saarstatut gelten sollte, leider die Wendung nach einer falschen Fragestellung genommen habe, nämlich eine Wendung gegen das undemokratische Regierungssystem Johannes' Hoffmann. Diese Auffassung ist nicht richtig. Das Saarstatut wurde nämlich verneint, weil es den Saarländern als der Inbegriff alles dessen erschien, was sie ablehnen: Es sollte nach den erklärten Versicherungen Pariser Regierungen die endgültige Lösung im Sinne Frankreichs sein.

„Nein“ kam aus dem Volke

Ein wesentliches Merkmal der Entscheidung liegt schließlich auch darin, daß der einfache Arbeiter und Bauer das deutlichste Nein gesprochen hat. Die Hüttenstadt Völklingen, Gemeinden des Bergbaues und das machtvolle Nein im mehrländlichen Kreis Sankt Wendel beweisen das. Die Bewegung zum Nein kam wirklich aus dem Volke selbst. Das ist ein Grund mehr, sie im Namen der Freiheit, des Rechts und der Gerechtigkeit auch zu respektieren. Wir hoffen, daß man gerade in Frankreich, das historische Verdienste um die Menschenrechte hat, diesen Umstand gerecht würdigen wird. Der 23. Oktober, der in die Geschichte eingehen wird, wird dann auch Geschichte machen. Er kann dann, so paradox das heute klingen mag, als Akt der Wahrheit über die Saar zugleich zum eigentlichen Geburtstag einer echten und dauerhaften Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich dienen.

Jubiläumsfeier des DGB

Dortmund (AP/DPA). Ein eindeutiges Bekenntnis zur Einheitsgewerkschaft und zu dem gewerkschaftlichen Ziel der besseren Lebens- und Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmer in der Bundesrepublik ist in einer Feierstunde zum zehnjährigen Bestehen des Deutschen Gewerkschaftsbundes abgelegt worden.

Bundeskanzler Dr. Adenauer übermittelte dem DGB ein Grußtelegramm. In der von 20 000 Menschen besuchten festlich geschmückten Dortmunder Westfalenhalle nahmen als Gäste an der Veranstaltung die Bundesminister Kaiser und Storch, Ministerpräsident Arnold, der SPD-Vorsitzende Ollenhauer und zahlreiche Vertreter von in- und ausländischen Organisationen teil.

DGB-Vorsitzender Freitag forderte eine „Wiedergeburt des sozialen Gewissens“. Die Arbeitnehmer müßten ihren gerechten Anteil an der gestiegenen Produktion und der erhöhten Produktivität erhalten. Ein wirtschaftliches Mitbestimmungsrecht sei notwendig. Das sei aber bisher in unzulänglichem Maße zugestanden worden.

Fünf Jahre Freiheitsglocke

Festakt im Rathaus — Ein Telegramm Eisenhowers

Berlin (Eigenmeldung). Aus Anlaß des fünften Jahrestages der Übergabe der Freiheitsglocke fand im Rathaus Schöneberg ein Festakt statt, an dem der ehemalige US-Oberkommissar McCloy und etwa 70 Mitglieder der amerikanischen Organisation „Kreuzzug für die Freiheit“ teilnahmen.

McCloy verlas ein Telegramm Eisenhowers, in dem der US-Präsident die Bevölkerung Berlins grüßt und „die fortwährende Anteilnahme meines Landes an dem Wohlergehen der Stadt“ zusichert.

Neue Saar-Regelung suchen!

Rege diplomatische Tätigkeit in Bonn und Paris

Berlin (Eigenbericht). Nach der Ablehnung des Saar-Statuts durch die Saarbevölkerung hat in Bonn und Paris eine rege politische und diplomatische Tätigkeit eingesetzt. In Paris trat der Ministerrat der Westeuropäischen Union zusammen und befaßte sich auch mit der neuen Lage an der Saar. Die Bundesregierung gab nach einer Sondersitzung eine sehr vorsichtige Erklärung heraus, in der auf die Aufgabe hingewiesen wird, „dem Willen der Saarbevölkerung Rechnung tragend, eine neue Lösung zu suchen“.

Gleichzeitig versicherten Bundeskanzler Dr. Adenauer und der französische Ministerpräsident Faure einander in einem Telegramm, daß die guten Beziehungen zwischen beiden Ländern ungetrübt bleiben sollten.

Von vielen Häusern im Saargebiet wehten die schwarzrotgoldenen Fahnen Deutschlands, und es gibt keinen Polizisten mehr, der sie herunterholt. Das ist der sichtbarste Ausdruck des Wandels, der sich an der Saar vollzogen hat. Das undemokratische Regime der Hoffmann und Hector ist unter der Macht des Neins zusammengebrochen. Eine gute Zweidrittelmehrheit für die Ablehnung des Saar-Statuts ist mehr, als die Optimisten erwartet haben.

Übergangsregierung begrüßt

Gut unterrichtete Kreise in Bonn erklärten, es seien vorerst noch keine neuen Saar-Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und der fran-

zösischen Regierung zu erwarten. Da Paris wiederholt solche Verhandlungen für ausgeschlossen erklärt habe, werde die Bundesregierung von sich aus nicht den ersten Vorschlag machen, über eine neue Lösung zu beraten.

Die Bildung einer Übergangsregierung im Saargebiet wird in maßgebenden Kreisen Bonns begrüßt, weil man sich davon eine leichtere Überleitung auf den neuen Zustand verspricht. Unmittelbar nach Bekanntwerden des Abstimmungsergebnisses hatte die Regierung Hoffmann ihren Rücktritt erklärt.

Pankow — Saar

Nein, Genossen, an der Saar ging es gar nicht um Europäisierung oder Nationalisierung. Es ging dort um die Pariser Verträge. Diese sind zwar schon in Kraft getreten und die Bundesrepublik ist längst NATO-Mitglied, aber da das Saarstatut gleichzeitig mit den Pariser Verträgen zwischen Bonn und Paris ausgehandelt wurde, stimmte die Saar nicht über das Saarstatut ab, sondern über die Pariser Verträge — so argumentiert die Ostpresse; Ablehnung des Statuts bedeutet Ablehnung der Pariser Verträge — das ist ihre Beweis- und Propagandaführung. Ein überlautes Triumphieren ist deshalb in Ostberlin hörbar: Die Saardeutschen haben den Pariser Verträgen eine klare Absage erteilt. Und das ist — für Pankow jedenfalls — ein Erfolg ohnegleichen. Ein Erfolg? Ostberlin übersieht, daß sich die Saar für Deutschland entschied. Nicht für die „DDR“ wohlgemerkt, sondern für das nachbarliche Deutschland der Bundesrepublik, das feindlich zu schmähen Pankow nicht müde wird.

Dulles zu Konzessionen bereit Wiedervereinigung bleibt Hauptverhandlungsziel

Washington (AP). Der amerikanische Außenminister Dulles hat vor seiner Abreise zur Viermächte-Außenministerkonferenz in Genf die Wiedervereinigung Deutschlands im Rahmen der europäischen Sicherheit als den Hauptverhandlungspunkt bezeichnet. Die Westmächte seien bereit, jedem „berechtigten sowjetischen Sicherheitsbedürfnis“ zu entsprechen.

Der Westen bezweifle jedoch, daß sich eine dauerhafte Sicherheit erreichen lasse, solange eine so schwere Ungerechtigkeit, wie die Teilung Deutschlands, bestehenbleibe. Dulles versicherte, die amerikanischen Vertreter würden in Genf im Geiste echter Versöhnung nach der Erkenntnis handeln, daß auf beiden Seiten ein gewisses Nachgeben notwendig sei. Mit dem Einverständnis des Präsidenten und des amerikanischen Volkes werde er versuchen, die Abrüstungsfrage voranzutreiben und weitere Ost-West-Kontakte anzuregen.

Ist es zweckmäßig, wenn ...

Washington (DPA). Amtliche Kreise in Washington beschäftigen sich ernstlich mit der Frage, ob es zweckmäßig wäre, bei der Genfer Konferenz mit den Sowjets über die Abrüstung

und die Herstellung engerer Ost-West-Kontakte zu diskutieren, wenn die Außenminister in der Frage der deutschen Wiedervereinigung und der Sicherheit keine Fortschritte erzielen.

In Kreisen des US-Senats herrscht die Meinung vor, daß die Erörterung anderer Konferenzprobleme zwecklos sei, wenn die Sowjets durch Unnachgiebigkeit in der Deutschlandfrage beweisen, daß sie nur Punkte behandeln wollen, von denen sie sich Vorteile versprechen.

„Wenn Molotow mich sprechen will ...“

Brentano fährt nach Genf

Berlin (Eigenmeldung). Bundesaußenminister von Brentano deutete in Berlin an, daß er zur Außenministerkonferenz nach Genf fahren und dort „einige Begegnungen“ haben werde. „Wenn der sowjetische Außenminister Molotow den Wunsch hat, mit mir zu sprechen, würde ich ihm selbstverständlich zur Verfügung stehen.“

Der Außenminister, der auf einer gutbesuchten Pressekonferenz zu in- und ausländischen Journalisten sprach, sagte, seiner Ansicht nach müßten die Westmächte, etwa in Form von Thesen, schon zu Beginn der Genfer Konferenz klar zu verstehen geben, daß die Wiedervereinigung unlösbar verbunden sei mit dem Suchen nach einem echten Sicherheitssystem. Die Berlin-Frage werde möglicherweise ebenfalls in Genf zur Sprache kommen.

Nach Ansicht des Außenministers dürfte der Wunsch der sowjetischen Regierung nach Entspannung ein techtes politisches Anliegen sein. „Die Spannung kann aber nicht beseitigt werden, wenn die Ursache weiterbesteht“, sagte er.

Ein Zeitpunkt für die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion besteht nach den Worten Brentano

USA veröffentlichen Genfer Protokolle

Washington (AP). Das US-Außenministerium hat die amerikanischen Protokolle der Genfer Viermächtekonferenz vom Juli veröffentlicht.

Präsident Eisenhower hat danach dem sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin in Genf versichert, daß die USA „unter keinen Umständen jemals Partner eines aggressiven Krieges gegen irgendeine Nation sein werden“.

In dem Bestreben, die sowjetische Delegation von den friedlichen Absichten der USA zu überzeugen, betonte Eisenhower auf dieser Konferenz weiter, daß Amerika an Verhandlungen und freundliche Konferenzen glaube. Die USA würden nur zum Krieg schreiten, wenn sie angegriffen würden.

nos noch nicht. Es stimme aber, so antwortete er auf eine Frage, daß die Sowjetunion um das Agrément für einen Botschafter ersucht habe, „der nicht Semjonow heißt“.

Legionärs-Massenflucht

Kairo (DPA). 120 Fremdenlegionäre sind in der vorigen Woche im Suezkanal von einem französischen Truppenschiff desertiert. 80 bis 90 Prozent der Geflüchteten sind Deutsche.

Mit dieser Massenflucht erhöht sich die Zahl der Fremdenlegionäre, die während der letzten sechs Monate während der Fahrt durch den Suezkanal in die Freiheit sprangen, auf nahezu 500.

Lufthansa erweitert Netz

New York (AP). Auf der Jahreshauptversammlung der Internationalen Lufttransport-Verenigung (IATA) teilte Direktor Bongors von der Deutschen Lufthansa mit, daß die Lufthansa im Frühjahr den Luftverkehr nach Chicago über Montreal aufnehmen werde. Im Sommer sei die Einrichtung zweier zusätzlicher wöchentlicher Flüge von Hamburg über Paris nach New York und zurück geplant.

Ungünstiges Vorzeichen

London (DPA). Die sowjetische Antwort auf die Berlin-Note der Westmächte ist in London als ein denkbar ungünstiges Vorspiel zur Genfer Konferenz bezeichnet worden. Das Außenministerium nahm offiziell noch nicht Stellung, doch wiesen diplomatische Kreise darauf hin, daß die Sowjetunion offensichtlich versuche, das sowjetische Regime in den Vordergrund zu schieben und ihm eine Art von Anerkennung zu erzwingen.

Erhöhte SSD-Aktivität

Berlin (DPA). Die Anwesenheit der Bundestagsabgeordneten in Berlin hatte den Sowjetzonen - Staatssicherheitsdienst (SSD) zu erhöhter Aktivität veranlaßt. Der Untersuchungsausschuß freier Juristen erhielt Kenntnis von mehreren Versuchen des SSD, Angestellte größerer Westberliner Hotels, in denen Abgeordnete wohnen, zu Spitzeldiensten zu verpflichten.

Schüsse an der Zonengrenze

Bad Hersfeld (AP). Eine Streife des Bundeszollgrenzschutzes ist in den frühen Morgenstunden des Sonnabends bei Treischfeld (Kreis Hünfeld) von sowjetzonaler Seite mit Maschinengewehr beschossen worden, wie das Hauptzollamt „Zonen-grenze“ in Hersfeld mitteilte.

Es wurden sechs bis acht Feuerstöße auf die Beamten abgegeben. Verletzt wurde niemand. Wegen der Dämmerung war nicht festzustellen, ob die Schüsse von sowjetischen Soldaten oder Volkspolizisten abgegeben wurden.

Im Glauben stark bleiben

Aufruf Bischof Dibelius an Eltern und Lehrer

Berlin (Eigenmeldung). Zwei offene Briefe an die Eltern und Lehrer in Berlin-Brandenburg hat Bischof Dibelius zur Frage der Jugendweihe gerichtet. Darin fordert der Bischof die Eltern auf, keine Kompromisse mit dem Atheismus einzugehen, ihren Kindern beizustehen und sich dabei auf die in der Verfassung garantierte Glaubens- und Gewissensfreiheit zu berufen.

Konfirmation und Jugendweihe bleiben unvereinbar, erklärte Dibelius weiter, und Eltern und Kinder sollten sich

Neue Schikanen gegen die Kirche

Pankow schränkt evangelische Wochenzeitungen ein

Berlin (Eigenmeldung). Wie aus einer Auflagenotiz in der letzten Ausgabe der evangelischen Wochenzeitung für die Mark Brandenburg, „Potsdamer Kirche“, hervorgeht, hat das sowjetzonale Presseamt eine neue Einschränkung der kirchlichen Presse in der Mark Brandenburg vorgenommen.

Die Auflage der „Potsdamer Kirche“ vom 16. Oktober konnte nicht ausgeliefert werden, weil das Presseamt die Sonderausgaben des Blattes für die verschiedenen Kirchenkreise als unzulässig erklärt hat. Die Sonderausgaben, die seit langem erscheinen, seien, wie jetzt plötzlich erklärt wurde, im Ge-

gensatz zur Lizenz herausgegeben worden.

Redaktion und Verlag der „Potsdamer Kirche“ werden aus diesem Grunde der Täuschung beschuldigt. In der Auflagenotiz heißt es weiter: „Redaktion und Verlag haben sich für das beanstandete Verfahren entschuldigt, erklären jedoch, daß eine bewußte Absicht der Täuschung nicht vorgelegen habe.“

Wie bekannt wurde, sollen anderen kirchlichen Wochenzeitungen in der Sowjetzone ähnliche Beschränkungen auferlegt worden sein.

SED fürchtet Katholikentags-Schrift

Fulda (DPA). Das Paketkontrollamt in Erfurt hat eine Anzahl von Exemplaren des in Buchform erschienenen offiziellen Berichtes über den Fuldaer Katholikentag 1954 beschlagnahmt. Vom Paketamt wurde erklärt, daß Literatur nicht in Geschenkpaketen versandt werden dürfe, sofern sie „antidemokratischen Charakter trägt oder gegen die Erhaltung des Friedens gerichtet ist“.

Aktivisten erhalten die Quittung Spitzenlöhne werden administrativ zurückgeschraubt

Unmittelbar nach ihrer Auszeichnung am „Tag der Aktivisten“ haben zahlreiche Nachwuchs-Henneckes einen nachdrücklichen Denkkettel erhalten. Entsprechend den Forderungen des 21. und 24. Plenums des SED-Zentralkomitees über Rentabilitätsfragen in der volkseigenen Industrie werden seit vierzehn Tagen durch administrative Anweisung der Fachministerien die Spitzenlöhne der Aktivisten und Bestarbeiter zurückgestuft. Namentlich in der Schwerindustrie sind davon alle Arbeiter betroffen, die in den letzten beiden Jahren auf „freiwillige“ Normerhöhungen eingegangen sind.

Eine seit April vorgenommene Überprüfung der „Technischen Arbeitsnormen“ (TAN) hat ergeben, daß in vielen Großbetrieben die Arbeitsproduktivität nicht der Steigerung des Lohnfonds entsprechen hat. Die SED schließt daraus, daß die Arbeiter 1955 im allgemeinen mehr verdienen und weniger arbeiten

als in den vorangegangenen Jahren.

Wer sowjetzonale Betriebsverhältnisse kennt, kann sich diese Diskrepanz leicht erklären. Es gibt in jedem Großbetrieb eine Zahl von Brigadiern und Aktivisten, die das Fünf- bis Sechsfache dessen verdienen, was der Durchschnittsarbeiter in seiner

Lohntüte vorfindet. Im Lohnfonds wird diese Diskrepanz jedoch nicht berücksichtigt. Das Fachministerium rechnet nach einem Durchschnittsverdienst, der im Vergleich zur Arbeitsproduktivität zu rasch angestiegen ist.

Während den Brigadiern ihr oftmals an die 1000-DM-Grenze reichender und meist mühelos verdienter Lohn nach Meinung der Arbeiter seit langem beschnitten werden könnte, geht die neue Lohnsenkung ganz allgemein vorstatten. Man zwingt die Arbeiter durch Druckmaßnahmen, entweder die Norm heraufzusetzen oder sich mit

(Fortsetzung nächste Seite)

„Wir danken der DDR-Regierung“

Heimkehrer im Dienste der SED-Propaganda

Viele der aus sowjetischer Haft in die Zone entlassenen Kriegsgefangenen machen in diesen Tagen ihre erste Bekanntschaft mit dem sowjetzonalen Propagandaapparat. Bei den „Ämtern für Arbeit“ ihrer Heimatorte werden ihnen Erklärungen vorgelegt, in denen behauptet wird, daß „nur die Fürsprache der DDR-Regierung“ eine Freilassung der Gefangenen ermöglichte. In oftmals kurioser Form werden „Beweise“ dafür konstruiert, daß die Sowjets bereits lange Zeit vor dem Besuch des Bundeskanzlers eine Groß-Entlassungsaktion planten.

So wird eine vom sowjetischen Innenministerium (MWD) in den nördlichen Lagern Anfang des Jahres veranstaltete Fragebogenaktion, in der die Arbeitsfähigkeit der Gefangenen festgestellt werden mußte, nachträglich als „beabsichtigte Entlassung auf Grund von Fürsprachen der DDR-Regierung“ ausgegeben. Oftmals geben die Heimkehrer selbst — um die SED-Propagandisten loszuwerden — derartige Erklärungen ab, während sie im Familien- und Bekanntenkreis weitgehend für Verbreitung der Wahrheit sorgen. Schließlich hängt für die in die Zone zurückgekehrten Soldaten Existenz und Freiheit von diesen Mätzchen ab.

„Arbeit? Ja, aber ...“

Offiziell müssen sich die Heimkehrer spätestens acht Tage nach ihrem Eintreffen im Heimatort beim zuständigen „Amt

für Arbeit“ melden. Obwohl diese Ämter oft sofort Arbeit vermitteln könnten, wird ihre Entscheidung künstlich hinauszögert. In der Zwischenzeit versuchen SED, NDPD und „Nationale Front“, von dem Heimgekehrten Propaganda-Erklärungen zu erpressen. Von der Tendenz dieser Erklärungen hängt es ab, ob der Bewerber seinen Start in der Heimat im alten Beruf oder als Hilfsarbeiter in einem Großbetrieb versuchen kann.

Über die im Westen gezahlten Unterstützungen und Entschädigungen wird den Heimkehrern vielfach erzählt, diese seien „Wehrsold-Nachzahlungen“ an Aktive, die sich damit gleichzeitig zu neuem Wehrdienst

verpflichten müßten. Zusammenkünfte der entlassenen Soldaten werden — selbst wenn es sich um eine Begegnung zweier jahrelang zusammenlebender Kameraden handelt — von Partei und Staatssicherheit mit wachsamem Augen verfolgt. Dagegen spricht die NDFPD namentlich ehemals führende NSDAP-Mitglieder und hohe Offiziere unter den Entlassenen an, um an ihrer Person die „Umerziehung“ zu dokumentieren. Entgegen aller SED-Propaganda haben manche dieser „Ehemaligen“ bereits wieder ihr politisches Patent — diesmal beglaubigt von einer SED-Kaderabteilung — in der Tasche.

„Kriegsverurteilt!“

Den jetzt entlassenen Landsern dagegen — die oftmals für einen aus Hunger begangenen Kartoffeldiebstahl 10 Jahre Haft verbüßten — läßt die SED entgegen allen Zusicherungen über „Gleichberechtigung“ das Prädikat „Kriegsverurteilt, Strafverbüßung in der Sowjetunion“ in ihre Polizeiakten schreiben. Ein Prädikat, das den meisten der ehrlich Heimgekehrten jeden Weg ins neue Leben zu nächst vermauert haben dürfte.

Aktivisten erhalten die Quittung

(Fortsetzung von Seite 5)

einer Lohngruppen-Rückstufung zu begnügen. Das Argument: Die von den Arbeitern selbst angenommenen Normerhöhungen haben gezeigt, daß die Normen von 1953 generell zu niedrig liegen und die seitdem durchgeführten Normerhöhungen mit der technischen Verbesserung der Betriebsausrüstungen nicht Schritt gehalten haben.

In der Praxis verlieren sowohl die Brigadiere und Aktivisten als auch die Arbeiter zwischen sechs und zwölf Prozent von ihrem Arbeitslohn. Aber während bei den ersteren noch immer Spitzenlöhne übrigbleiben, ist diese Rückstufung für die Arbeiter ein schwerer Schlag. Zahllose Betriebsversammlungen und erhitzte Diskussionen zeugen davon.

Jetzt „Leistungsprüfungen“

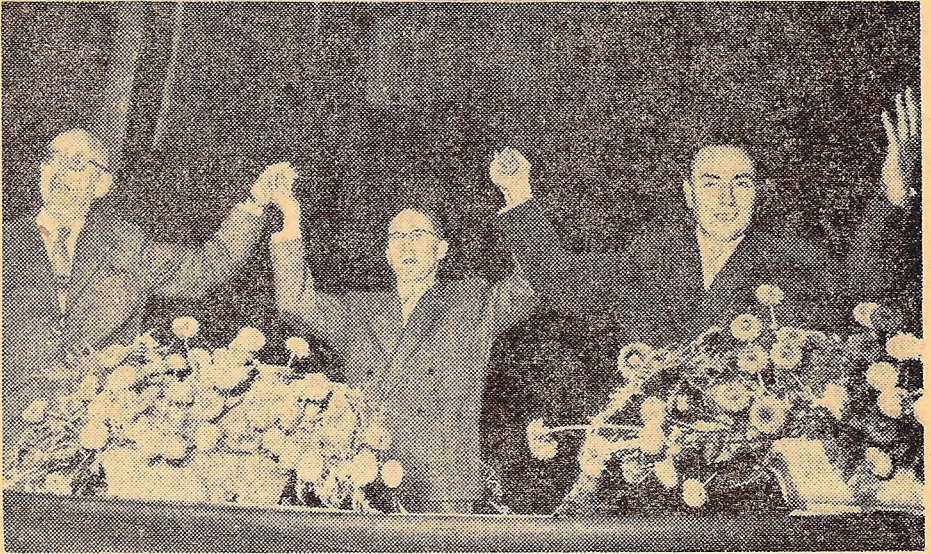
Trotzdem treten Schwierigkeiten auf: Die Ministerien haben zwar die Lohnsenkungen ver-

fügt, aber die Arbeiter sollen sie „freiwillig“ annehmen. Die nicht allzuviel verlierenden Brigadiere gehen mit gutem Beispiel voran: Sie verzichten „freiwillig“, meist zugleich im Namen ihrer „Kollegen“. Wo auch das nicht geht, greift man zu einem neuen Mittel, das starke Unruhe in den Betrieben auslöst hat: Die „Leistungsprüfungen“. Alle Arbeiter werden einer „fachlichen Prüfung“ durch Vertreter des Ministeriums unterzogen, die in der Regel feststellen, daß der Arbeiter in einer zu hoch angesetzten Lohngruppe steht. Ohne daß er sich dagegen wehren kann, wird er administrativ um eine Lohngruppe zurückgestuft. Mit der Maßgabe, sich nach etwa einem Dreivierteljahr erneut überprüfen zu lassen, wenn „seine Leistungen besser geworden sind“. Die Leistungsverbesserung aber besteht in der Heraussetzung seiner Norm, für die er dann wieder in seine alte Lohngruppe gelangen kann...

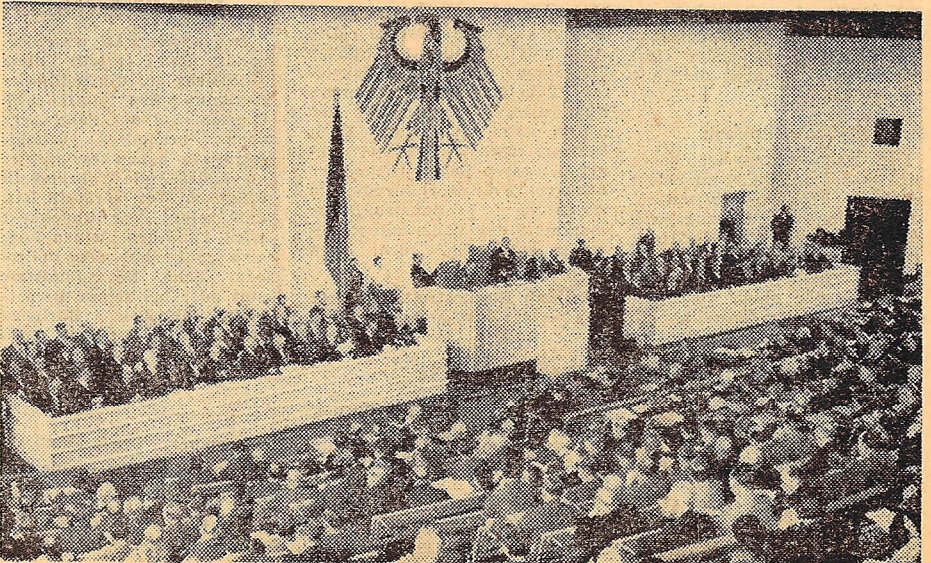
Nicht unter Hammer und Sichel

Braunschweig (AP/DPA). Auf einer Kundgebung des Gesamtverbandes der Sowjetzonenpflichtlinge hat der Direktor des Institutes für Geschichte an der Freien Universität Berlin, Professor Hans Köhler, in Braunschweig vor der Auffassung gewarnt, die Sowjets hätten ihre alten Ziele in der von ihnen besetzten Zone Deutschlands aufgegeben.

Der Westen sei verpflichtet, in verstärktem Umfang seine freihheitlichen Geisteskräfte nach dem Osten auszustrahlen und den Sowjets klarzumachen, daß auch die Menschen in der Zone frei leben wollen. Die freie Welt müsse sich stärker denn je gegen eine Wiedervereinigung Deutschlands im Sinne des bolschewistischen Systems wehren.



BILDER DER WOCHE. Oben: Die Sieger der Volksabstimmung an der Saar: Dr. Ney (CDU), Konrad (SPD) und Dr. Schneider (DPS). Unten: Der Bundestag trat in Berlin zusammen.



Flugtechnik der Zukunft

Möglichkeiten und Gefahren — Fachleute diskutieren

Augsburg (Eigenbericht). Das Flugzeug der Zukunft wird mit Atomkraft angetrieben sein. Diese Meinung wurde in letzter Zeit so oft von Fachleuten wiedergegeben, daß man meinen könnte, das Atomzeitalter stehe nun auch beim Flugzeugbau unmittelbar bevor. Tatsächlich ist — wie in Augsburg von Tagungsteilnehmern der „Wissenschaftlichen Gesellschaft für Luftfahrt“ zu hören war — durchaus damit zu rechnen, daß in sechs bis sieben Jahren die ersten Flugzeuge mit Atommotoren auftauchen werden und in 12 bis 20 Jahren die Atomkraft die Hauptantriebsquelle für Flugzeuge sein wird.

Solche Maschinen würden die dreifache Schallgeschwindigkeit entwickeln und den Atlantik in weniger als zwei Stunden überqueren. Auch dürfte es damit möglich sein, 200 bis 300 Stunden in der Luft zu bleiben und mehrere Male den Erdball zu umkreisen.

Die Sachverständigen sind aber auch der Überzeugung, daß sich diese atomgetriebenen Maschinen trotz ihrer unvorstellbaren Geschwindigkeiten äußerlich von den heutigen Kolben- und Düsenflugzeugen letzter Bauart kaum unterscheiden werden. Die Flugzeugbau-technik selbst wird also zunächst wahrscheinlich keine Umwälzung erfahren! Dies ging aus vielen Referaten der Augsburger Tagung hervor: Die herkömmlichen Maschinen werden systematisch weiterentwickelt. Vor allem die Turbinenflugzeuge werden in naher Zukunft das Feld, bzw. die Luft beherrschen.

Problem Motorenlärm

Der Motorenlärm ist heute auch in der Luftfahrt zu einem ersten Problem geworden. Auch davon war in Augsburg ausführlich die Rede. Wie Prof. Dr. Lacour (Genf) feststellte, bestehe keinerlei rechtliche Handhabe für einen Unterlassungsanspruch. Immerhin konnte

der Professor die tröstliche Mitteilung machen, daß die Ingenieure alles versuchen, um das Motorengeräusch in der Luft zu dämpfen, und daß die Juristen zur Zeit, durch die Beschwerden der Öffentlichkeit alarmiert, die rechtlichen Aspekte dieser Frage gründlich studieren.

Volkswagen vor Patentsenat

Stuttgart (DPA). Der jahrelange Streit um die Priorität entscheidender Konstruktionsmerkmale im Triebwerk des Volkswagens ist jetzt mit einem Vergleich vor dem Patentsenat des Oberlandesgerichts Karlsruhe endgültig beendet worden.

In der Stuttgarter Verhandlung des Senats verpflichtete sich der Schriftsteller Horst Moennich, in allen künftigen Auflagen seines Buches „Die Autostadt“, die den Stuttgarter Ingenieur und Autokonstrukteur Bela Barenyl betreffenden Ausführungen wegzulassen. Der Autor hatte in seinem Buch Barenyl einen „Schwärmer“ genannt, dessen Behauptungen, er habe vor Professor Porsche die wesentlichen Konstruktionsmerkmale des Volkswagentriebwerks entworfen, „nicht ernst zu nehmen“ seien.

In dem Rechtsstreit, mit dem sich bereits das Landgericht und

Nicht nur eine Belästigung, sondern geradezu eine Gefahr ist allerdings die Ultraschallausstrahlung der Hochleistungsturbomaschinen. Dr.-Ing. Staab berichtete von schädigenden Einwirkungen von Ultraschallwellen auf das organische Nervensystem. In Amerika habe das bereits zu Gehirnschäden geführt und beim Einschalten einer intensiven Nachverbrennung sei sogar ein rascher Tod anzunehmen. Durch Änderung der Auspuffform und Herabsetzung der Gasgeschwindigkeiten habe man in letzter Zeit versucht, diese Gefahren zu mindern. Um das Flugzeug selbst vor den gefährlichen Ultraschallwellen zu schützen, bringe man die Strahlantriebe neuerdings möglichst weit außerhalb der Flugzeugzellen an.

das Oberlandesgericht Stuttgart befaßt hatten, war Barenyl im Dezember 1954 von der Patentkammer Mannheim bescheinigt worden, daß er die entscheidenden Konstruktionsmerkmale des VW-Triebwerks vor Ferdinand Porsche erfunden habe.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit der neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt. Täglich ab 13 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2.
Telefon: 66 54 31.

Druck: W. Büxenstein, GmbH.